

Gönner

Zu wenig Geld für Straßenbau

Von Arnold Rieger, aktualisiert am 08.03.2010 um 12:11



Tanja Gönner dpa

Stuttgart - Die neue Verkehrsministerin Tanja Gönner (CDU) warnt mit Blick auf den Straßenbau vor zu hohen Erwartungen. Weder Bund noch Land hätten genügend Geld, um den Bedarf zu decken.

Ministerpräsident Stefan Mappus hat die Latte hochgelegt. Ausdrücklich lobte er beim Treffpunkt foyer unserer Zeitung in der vergangenen Woche die "guten Berliner Kontakte" von Umweltministerin Tanja Gönner, die künftig auch die Verkehrspolitik verantwortet. Er verband damit die Hoffnung, dass sie dort mehr Bundesmittel für Infrastrukturprojekte loseist.

Gegenüber unserer Zeitung versichert Gönner nun, sie werde die Gespräche selbstverständlich intensiv führen und die Kontakte ausbauen. Angesichts der klammen Kassen dämpft sie jedoch gleichzeitig die Erwartungen. "Man darf sich nichts vormachen: Der Finanzierungsbedarf im Bereich der Verkehrsinfrastruktur ist bundesweit sehr groß und übersteigt bei weitem die zur Verfügung stehenden Mittel." Sie rechnet deshalb mit harten Verteilungskämpfen.

Dieser Realitätssinn kommt offenbar auch im neuen Generalverkehrsplan zum Ausdruck, in dem der Südwesten seine verkehrspolitischen Ziele bis zum Jahr 2025 fortschreibt. Es mache keinen Sinn, die Ziele bei der Infrastrukturplanung so hoch zu stecken, dass sie am Ende unerreichbar seien, heißt es im Verkehrsministerium. Zumal auch für den Landesstraßenbau erkennbar sei, dass nicht alle Anmeldungen berücksichtigt werden könnten. Der neue Generalverkehrsplan, der noch in diesem Frühjahr dem Ministerrat vorgelegt werden soll, werde mehr Realitätsnähe zeigen, heißt es in der Behörde.

Damit erfüllt Gönner eine Forderung des Landesrechnungshofs, der den eklatanten Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit bei Verkehrsprojekten monierte. Der neue Plan solle "weniger, dafür aber realisierbare Projekte enthalten", so die Prüfer. Dies fordert auch die Landtags-SPD, die vom alten Generalverkehrsplan als einem "Dokument des Scheiterns" spricht.

Kommentare (9)

[» Kommentarregeln](#)[Kommentare anzeigen](#) [Kommentare schreiben](#)Anzeigen

MRZ

08

12:11 Uhr, geschrieben von Konrad Wenzel

Lärmschutz an der A81/E41 zwischen Böblingen und Sindelfingen

Die Autobahn A 81 / Europastrasse E 41 führt durch die Wohngebiete der Städte Böblingen und Sindelfingen. Ein Fehler der Vergangenheit, wie der ehemalige Ministerpräsident Oettinger feststellte. Die Anwohner sind mit derzeit bis zu 136.000 Fahrzeugen pro Tag lärmgeplagt. Nun soll die Straße von 4 auf 6 Spuren ausgebaut werden. Höchste Zeit, um die täglichen Staus zu vermeiden. Dies behindert die Politik, indem sie nicht in der Lage ist die Finanzierungsvereinbarung zu dem am 27.7.2009 gefassten, abgespeckten Lärmschutz-Kompromiss für einen 850 m Deckel zu realisieren. Einen Lärmschutz-Kompromiss der in dieser Länge nicht ausreichend ist, die Anwohner auf einer Länge von 3000 m in gleichem Maße vor Lärm zu bewahren. Dennoch muss der Ausbau mit diesem Kompromiss umgehend erfolgen. Jedoch nicht ohne eine anschließende Erweiterung des Lärmschutzes in gleichem Maße vorzusehen für alle Anwohner. - Es sei denn man stellt den Deckel auf Rollen und fährt ihn in zeitgleichen Abständen in die betroffenen Wohngebiete. - Die Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie erscheint unglaubwürdig, wenn die EU für den Unterhalt und Erweiterung von Europastraßen keinen finanziellen Beitrag leistet. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, wenn man allenthalben im Ausland lesen kann, mit welchen Geldern die EU den Bau von Straßen finanziert.

MRZ 21:56 Uhr, geschrieben von Thomas W.

02 Weniger ist mehr!

Wir brauchen keine Straßenausbauten mehr. Was gefördert werden muss, ist der Ausbau des ÖPNV & die Förderung von E-Mobilität (z. B. Elektroroller/Elektroautos)! Das ist der

21:56 Uhr, geschrieben von Thomas W.

Weniger ist mehr!

Wir brauchen keine Straßenausbauten mehr. Was gefördert werden muss, ist der Ausbau des ÖPNV & die Förderung von E-Mobilität (z. B. Elektroroller/Elektroautos)! Das ist der Ansatz für eine zukunftsgerechte, moderne & saubere Stadt und vor allem ein guter Beitrag zum Klimaschutz!

MRZ 21:15 Uhr, geschrieben von Harald Paul Winkler

02 Eine unendliche Geschichte des Straßenbaus

Mittlerweile müssten Politik und Medien erkannt haben, dass die Gleichung "Mehr Straßen = weniger Verkehr" nicht aufgeht und sich ins Gegenteil verkehrt. Statt über die Auswirkungen zu klagen, müssen die Ursachen angegangen werden. Dass immer mehr Pendler die Schiene statt der Straße bevorzugen ist ein Zeichen der Vernunft. Der Rest steht im selbst verursachten Stau, wo nahezu alle Autos nur mit einer Person besetzt sind. Und nach wie vor verlagert die Industrie ihre Lagerhaltungskosten mit "just in time" auf die Allgemeinheit. Dies anzupacken verlangt mehr Mut und Tatkraft, als nach Berlin zu klagen und Geld zu fordern. Das Primat der Politik heißt zu steuern statt gesteuert zu werden. Wo keine Richtung vorgegeben wird, fährt jeder kreuz und quer und landet dann im selbstverursachten Stau - auf der Straße und im Parlament. Aber offenbar fehlt der Mut zum Kurswechsel.

MRZ 12:47 Uhr, geschrieben von Ulrich und Marianne Ade

02 ÖPNV ausbauen anstatt neu Straßen

Wir haben genug Straßen und neue sollten sowieso nicht gebaut werden. Deutschland hat das dichteste Straßennetz der Welt. Zu viele Straßen haben auch Nachteile, wie die Zerschneidung der Landschaft, Zerstörung wertvoller Biotope usw.. Für Reparaturen vorhandener Straßen sollte das Geld aber vorhanden sein. Der Ausbau des ÖPNV und die Verbilligung der Fahrpreise sind für eine umweltschonende Mobilität viel wichtiger. Zu viel Autoverkehr verursacht in allen Ländern große Umweltschäden. Durch den hohen Energiebedarf entstehen Monokulturen von Palmölplantagen in der dritten Welt, für die die Regenwälder abgeholzt werden. Diesen Hintergrund sollte man auch bedenken und unnötiges Autofahren nicht favorisieren.

MRZ 09:40 Uhr, geschrieben von HPM

02 Zu wenig Geld für den Straßenbau ???

Das wundert mich aber sehr, denn das statistische Bundesamt weist für 2008 fast 50.000.000.000,- EURO an Energie-(Mineralöl-) und KFZ-Steuern aus und 2009 dürften diese Beträge durch Steueränderungen und Verteuerung von Mineralölen noch merkbar gestiegen sein. Der Bundesrechnungshof spricht von mehr als 30.000.000.000,- EURO Steuerverschwendung. Stuttgart 21 kostet voraussichtlich weit über 4.000.000.000,- EURO. Und beim Straßenbau hieß es vor ein paar Monaten noch zusätzlich, es muss privatisiert werden. Das passt doch alles nicht mehr zusammen. Wir werden doch verar... Die Melkkuh Autofahrer beschafft dem Staat und den Ländern genügend Mittel, mit denen alle Straßen sogar noch vergoldet werden könnten. Zweckgebundene Einnahmen werden zweckfremd verwendet, um andere Steuerlöcher zu stopfen. Wann dürfen wir Verbraucher denn einmal eine Einnahmen- / Überschussrechnung zu den Steuereinnahmen und -ausgaben sehen. Für mich ist das Ganze ein schwarzer Moloch, den es endlich aufzuklären gilt. Also Frau Gönner, lassen Sie mal Stuttgart 21 sein und achten Sie auf unnötige Ausgaben, dann lassen sich solche wichtigen Themen wie Verkehr (Wirtschaftsleistung) und Bildung (Zukunft des Denker-Landes) finanzieren.

MRZ 06:50 Uhr, geschrieben von Patrick Müller

02 Wo sind sie geblieben,

die Steuergelder (KFZ-Steuer), Autobahnmauten der Spediteure Mineralölsteuer und so weiter. Wenn die Kassen der jeweiligen Ministerien leer sind, wurden die Gelder veruntreut? Bereits zum Jahresende 2009 hat der Bundesrechnungshof moniert, dass die LKW-Maut nicht vorschriftsmäßig in den Erhalt der Autobahn investiert wurde, das lässt tief blicken

MRZ 05:50 Uhr, geschrieben von Wolfgang Scheu

02 Wir können alles, außer Straßenbau

Guten Morgen Baden-Württemberg! Wenn auch die Formulierung "... Hoffnung in Berlin mehr Mittel für Infrastrukturprojekte loszuziehen" nicht gerade wilde Entschlossenheit dokumentiert, so scheint sich die Landesregierung doch langsam ihres Gewichts im Bund bewusst zu werden. Zu spät jedoch, so befürchte ich wacht sie auf, denn nicht nur die Bundeskassen sind mittlerweile leer. In der Vergangenheit hatte es BW offensichtlich genügt Musterlände zu sein, ohne dafür beim Bund wenigstens auf den infrastrukturellen Ausbau der wirtschaftsstarken Regionen zu pochen, die den jährlichen Beitrag zum Länderfinanzausgleich erst möglich machen. "Wir können alles ..." so der selbstgefällige Wahlspruch, der zuletzt gar darin gipfelte, die angeschlagene LBBW nicht unter den Bankenschutzschirm des Bundes zu stellen, sondern stattdessen die Landeskinde die hausgemachte Malaise auszulöffeln zu lassen. Dass in den Großräumen Baden-Württembergs tagtäglich Millionen Euro an Bruttosozialprodukt im Stau vertrödelt werden, mag an den Eigenheiten von Ballungsräumen liegen. Dass allerdings im Jahr 2006 erst, der bis dahin fast nicht mehr für möglich gehaltene Ausbau der A8 zwischen Leonberg und Pforzheim begann - 60 Jahre nach deren Entstehen, das spricht Bände! Es zeugt auch von einer eher romantischen Solidaritätsauffassung Berlins, 20 Jahre lang den Osten Deutschlands aufzubauen, ohne sich um die Regionen zu kümmern, die das Geld dafür verdienen. Die Landesregierung scheint dies angesichts eigener leerer Kassen endlich kapiert zu haben - zu spät zwar, aber immerhin.

MRZ

02

00:57 Uhr, geschrieben von Hans Muecke

Gebt der Regierung die Verwaltung der Sahara und nach einem Jahr wird der Sand knapp sein.

Diejenigen die gerade mal "Regierung" sind jammern so lange ich wählen darf, daß man kein Geld für dies und jenes hat. Gleichzeitig werden immer neue Möglichkeiten gesucht, dem Steuerzahler mehr aus der Tasche zu ziehen. Um beim Finanzbedarf im Bereich der "Verkehrsinfrastruktur" zu bleiben ... man muß Infrastruktur auch erhalten WOLLEN. Immer nur Kaltasphalt in irgendwelche Schlaglöcher stopfen, weil's auf kurze Sicht "billiger" ist, ist nicht die Lösung..

MRZ 23:28 Uhr, geschrieben von gulau

01 Straßenbau

Dass BaWü beim Straßenbau benachteiligt wird, kann man tagtäglich feststellen. Man braucht sich z.B. nur den Zustand der Autobahn Ulm-Karlsruhe anzusehen: teilweise immer noch im gleichen Zustand wie zu 'Adolfs' Zeiten. Will heißen: zweispurig ohne Standspur! Und das bei einer der wichtigsten Ost-West- Routen. Dabei ist das Autobahnnetz in BaWü gegenüber anderswo sehr ausgedünnt. Von den Landstraßen ganz zu schweigen. Ortsumgehungen sind selten. Unrühmliches Beispiel: Für die geplante Überdeckungung der Autobahn (allerdings sehr gekürzt) muß das Land, der Landkreis und die Städte Böblingen/Sindelfingen einen Großteil übernehmen!!! Während anderswo Überdeckelungen in dünnbesiedelten Gegenden gebaut werden. Fazit: Das Land wird im Bund denkbar schlecht vertreten. Gemessen am Leistungsbeitrag muß BaWü wesentlich mehr gefördert werden.
